

## Digest der Liberalen Arbeitnehmer

# Der Netz Werker

03 / 2009



In dieser Ausgabe lesen Sie:

### Zurück in die Zukunft:

Die sozialistische Staatswirtschaft der Regierenden  
(Seite 1)

### Jahrestagung 2009 -

#### LAN Sachsen e.V.

Berufliche Bildung, Grundsatzpapier, Finanzmarktkrise und Gäste  
(Seiten 2 ,3 und 4)

## Zurück in die Zukunft ? -

### Die sozialistische Staatswirtschaft der Regierenden

Wir schreiben das Jahr 2009. Der Fall der Berliner Mauer feiert im Herbst seinen 20. Jahrestag. Die politische Wende von damals, gefeiert als das Scheitern des real existierenden Sozialismus, scheint längst verklungen. Wahlslogans wie "Freiheit statt Sozialismus" sind verblichen. Die soziale Marktwirtschaft steckt aktuell in einer Identitäts- und Wertekrise. In einer Umfrage von TNS Infratest Sozialforschung aus dem Jahre 2008 äußern sich 53 % der Befragten zustimmend auf die Frage "Ist der Sozialismus im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde? "

Diese Haltung kommt nicht von ungefähr. Haben doch die beiden Volksparteien programmatisch die Hintertüren für den Weg zurück in die Zukunft geöffnet. Um der inhaltlichen Bedrohung durch die LINKE zu widerstehen hat die SPD im Jahre 2007 den Begriff des "demokratischen Sozialismus" wieder in ihr Grundsatzprogramm aufgenommen. Dort heißt es wörtlich: "... das Ende des Staatssozialismus sozialistischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren

Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist." Die CDU kokettiert gleich ganz unverfroren uns hierbei die Gedanken von Dieter Brandes (ehem. Thüringens Ministerpräsident) statt Arbeit" umschreiben könnte. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus wirbt auf seiner Homepage für das "solidarische Bürgergeld "und fordert ein b e d i n g u n g s l o s e s



Grundeinkommen in Höhe von 800 € monatlich für jeden Erwachsenen, natürlich auch ohne Arbeits- bzw. Gegenleistung für die Gesellschaft. Wer es nicht glauben will, kann sich gern unter: [www.d-althaus.de](http://www.d-althaus.de) vom Inhalt überzeugen. Kommen wir zurück zur SPD. Frank-Walter Steinmeier, Kanzlerkandidat der SPD fordert, das: "... jeder, der ganztags arbeitet, von seinem Lohn auch leben können muss". Wie diese künftige sozialistische

Gesellschaft aussehen könnte, haben wir, wie folgt mal durchdekliniert .Geholfen haben wir hierbei die Gedanken von Dieter Brandes (ehem. Verwaltungsrat der ALDI-Gruppe): (1) Der Unternehmer muss jährlich den Geldbedarf des Mitarbeiters feststellen. (2) Der Bundestag setzt jährlich einmal den gesetzlichen Mindestlohn fest. Der Unternehmer wiederum hat den gesetzlichen Mindestlohn um einen Differenzbetrag zu erhöhen, um den individuellen Geldbedarf des Mitarbeiters auszugleichen.(3) Damit der Unternehmer seinen gesetzlichen Lohnverpflichtungen nachkommen kann, legt die Bundesregierung einmal jährlich Mindestpreise für Dienstleistungen und Produkte fest, welche von den Kunden zu zahlen sind.(4) Eine Regierungskommission schließlich wacht über die zwischenbetrieblich verrechneten Preise und prüft selbstverständlich, dass das Topmanagement nicht mehr als das 20-fache des gesetzlich verabschiedeten Mindestlohns erhält. Der Weg zur staatlichen Plankommission und zum Amt für Preise, wie die betreffenden Institutionen in der DDR hießen, ist wahrlich nicht mehr weit. Kräftig übertrieben und alles nur Fiktion werden Sie vielleicht fragen? (Fortsetzung Seite 4)

Zum zweiten Male fand in vor allem in kleinen Unternehmen, Waschleite die Klausurtagung der wurde dieses Argument mit liberalen Arbeitnehmer e.V. emotionaler Leidenschaft sehr Sachsen statt. An der kritisch diskutiert. Die aktuelle Klausurtagung nahm der Praxis, so die Mehrzahl der komplette erweiterte Vorstand der Meinungsäußerungen, belegt liberalen Vorfeldorganisationen dagegen das Erfordernis einer teil. Neben einem gesetzlichen Regelung. Die themenpolitischen Abend am Liberalen Arbeitnehmer Freitag stand am Sonnabend die verständigten sich darauf ihren programmatische Arbeit der LAN Gesetzesentwurf in modifizierter auf dem Programm. Fassung (unter Berücksichtigung Am Sonntagvormittag fand die der Beiträge von Frau Pieper) auf Klausurtagung mit dem einem der nächsten öffentlichen Fröhschoppen ihren Landesparteitage erneuert Abschluss. Der themenpolitische einzubringen. Am Sonnabend standen die berufliche Weiterbildung programmatische Arbeit sowie vorbehalten. Die stellvertretende organisatorische Themen im Bundesvorsitzende der FDP, Mittelpunkt. Die Klausurtagung

## LAN Sachsen - Klausurtagung 2009

Cornelia Pieper, führte kurz in die verabschiedete das Programmatik von Bildung und Grundsatzpapier der Liberalen Weiterbildung aus Sicht der Arbeitnehmer nach umfänglicher Bundespartei ein. Mit ihrem Diskussionen. Das Grundsatz-Hinweis auf das von der FDP papier ist im vorliegenden Netz-favorisierte Modell einer werker auf den Seiten 3 und 4 zu Beförderung der beruflichen entnehmen. Weitere interne Weiterbildung mittels Themen waren die positive Bildungsgutscheinen und Mitglieder- und Finanzentwick-Bildung- sparplänen wurde von lung, die Kampagnenfähigkeit des den Beteiligten überwiegend Vereins, die Präsenz des Vereins positiv aufgenommen. Frau Pieper in den Wahlkampfauseinander-berichtete von den ersten setzungen im Jahr 2009, sowie Erfahrungen mit Gesetzen zur das weit verbreitete Interesse in beruflichen Weiterbildung in anderen Bundesländern einen Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Landesverband der Liberalen Dabei stellte sie den Erfolg Arbeitnehmer zu gründen. derartiger Gesetze infrage. Mit Am Sonntagmorgen wurde Sven Morlok haben sich die Professor Dr. Andreas Schmalfluss Liberalen Arbeitnehmer den als Gast des Fröhschoppens schärfsten Kritiker ihres unlängst begrüßt. Er berichtete über die auf dem Dresdner Parteitag aktuelle Finanzmarktkrise, die eingereichten Antrages auf ein Ereignisse um die Sächsische Weiterbildungsgesetz in Sachsen Landesbank und die Folgen der eingeladen. Morlok begründete aktuellen Politik auf die seine ablehnende Haltung vor Freiheitsgrade der Haushaltspolitik allem mit ein mehr an in den nächsten Jahren. gesetzlichen Regelungen und mit Neben dem Netzwerker fand die den vor allem für kleinere Klausurtagung auch in den Unternehmen sich ergebenden regionalen Medien von Fernsehen zusätzlichen Belastungen. Nach und Printpresse ihre gebührende seiner Auffassung sind die Themen Berücksichtigung. Die insgesamt der beruflichen Bildung zwischen erfolgreiche Klausurtagung 2009 den Tarifvertragsparteien zu der Liberalen Arbeitnehmer vereinbaren. In nicht Sachsen e.V. war Anlass sich beim mitbestimmten Betrieben, so Wirt Heiko Schmidt vom Hotel Morlok, sei es den Arbeitnehmern Köhlerhütte in Waschleite für freigestellt diese Themen ebenso seine Unterstützung bei der wie ihr Gehalt mit ihrem Vorbereitung und Durchführung Arbeitgeber frei zu vereinbaren. In der Klausurtagung zu bedanken. Anbetracht der realen Situation,



## unsere Gäste

**Cornelia Pieper (MdB)**  
stellv. Bundesvorsitzende der FDP

...berufliche Weiterbildung mit Bildungsgutscheinen und Bildungssparen befördern



**Sven Morlok (MdB)**  
FDP Sachsen,  
Mitglied im Landesvorstand

... betriebliche Weiterbildung ist zwischen den Tarifpartnern zu vereinbaren. Ein Weiterbildungsgesetz für Sachsen ist nicht erforderlich.



**Prof.-Dr. Andreas Schmalfuß (MdB)**  
FDP Sachsen  
Mitglied im Landesvorstand

...lebenslanges Lernen erfordert berufliche Bildung. Deshalb mein "JA" zum Antrag der Liberalen Arbeitnehmer .

**Kristin Schütz (MdB)**  
FDP Sachsen  
Mitglied im Landesvorstand

Wir haben uns auf Ihre Teilnahme gefreut und hätten gern mit Ihnen aktuelle Arbeitnehmerfragen diskutiert

# Grundsatzpapier

## Liberaler Arbeitnehmer Sachsen e.V.

(beschlossen auf der Klausurtagung 2009)



### Präambel

Liberaler Arbeitnehmer (LAN) treten für mehr soziale Gerechtigkeit ein und bekennen sich zur sozialen Marktwirtschaft. Sie sind gegen soziale Kälte und den einseitigen Abbau des Sozialstaates. Liberaler Arbeitnehmer wollen den Reformstau bei den Sozialversicherungssystemen überwinden helfen und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger stärken sowie eine Basis für einen breiten partnerschaftlichen Konsens aller Akteure auf dem Arbeitsmarkt schaffen.

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands und inmitten der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit achtzig Jahren sehen wir es als notwendig an, neben der Neuordnung der Regeln auf den internationalen Finanzmärkten für den Beginn einer neuen Ära, für bessere Rahmenbedingungen in der Zusammenarbeit von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern einzutreten.

In den vergangenen Jahrzehnten ist immer wieder deutlich geworden:

1. Arbeitnehmer sind die Hauptleidtragenden der willkürlichen und ungerechten staatlichen Abgaben- und Steuerpolitik. Die von ihnen zu tragende Steuer- und Abgabenlast ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, ohne dass ein Ende dieser Spirale absehbar ist.

2. Die in den vergangenen Jahren ausgehandelten Tarifverträge haben mehrheitlich gezeigt, dass allen voran die Gewerkschaften ihre Rolle als Vertreter der Arbeitnehmer nicht mehr zufrieden stellend ausfüllen. Stattdessen baden viele Gewerkschaftsfunktionäre in öffentlicher Aufmerksamkeit und vernachlässigen zudem ihre eigentliche Aufgabe: Die Wahrnehmung der Interessen aller Beschäftigten auch derer ohne Beschäftigung.

3. Aspekte der Arbeitslosigkeit finden bei Tarifeinverständnissen zu wenig Berücksichtigung.

Uns vereint, Anwalt derer zu sein, die in ihren Unternehmen keine ausreichende Lobby (Betriebsrat, Sprecher oder Gewerkschaft) haben. In Sachsen sind dies immerhin die große Mehrheit aller Arbeitnehmer. Wir wollen eine neue Brücke schlagen zwischen den Beschäftigten und den Arbeitgebern. Eine Brücke, die auf neuen Fundamenten fußt und sich nicht in erster Linie über das Vorhandensein von Gewerkschaften definiert.

Für uns ist der Alleinvertretungsanspruch der Gewerkschaften für die Interessen aller Arbeitnehmer überholt!

### 1. Reform des Arbeits- und Tarifrechts

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 60 Jahren war und ist auch ein Erfolg der Tarifparteien!

Aber in den neuen Bundesländern, im Besonderen in Sachsen, haben viele Arbeitnehmer vom letzten Konjunkturaufschwung nicht partizipieren können. Für die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer in Deutschland gab es in den letzten Jahren einen Reallohnverlust.

In einer sich modernisierenden und weiterentwickelnden Arbeitswelt sind Mitbestimmung und Teilhabe elementare Bestandteile der Betriebs- und Arbeitskultur. Mitbestimmung bedeutet hierbei nicht alleine das Vorhandensein paritätisch besetzter Tarifgremien, sondern umfasst ebenso

die Bereiche Betriebsentwicklung und Teilhabe an den betriebswirtschaftlichen Ergebnissen.

Auch Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung verfügen in Sachsen weniger als ein Drittel der Betriebe über eine Arbeitnehmervertretung.

Die FDP hat bereits 1971 im Rahmen der „Freiburger Thesen“ unterstrichen, dass sie der Garant für progressive und pragmatische Gesellschaftspolitik sein kann. Es war damals der Anfang der ersten großen gesellschaftlichen Erneuerungswelle in der Bundesrepublik Deutschland.

Für uns Liberaler Arbeitnehmer bedeutet die internationale Verflechtung der Wirtschaft zugleich die zunehmende Konkurrenz um Arbeitsplätze und Investitionen. In deren Folge müssen die Strukturen und Abläufe im Tarif- und Arbeitsrecht den Rahmenbedingungen angepasst werden. In Zeiten von Lohn- und Sozialdumping sind neue Antworten auf die heutigen Herausforderungen einer modernen Arbeitswelt zu geben.

Flächen- bzw. Branchentarifverträge sind nicht das Allheilmittel. Aber soziale Mindeststandards stärken den liberalen Ansatz: „Chancengleichheit im Wettbewerb“. Durch stärkere Beteiligungen der Mitarbeiter an den Tariffindungen werden die Motivation der Arbeitnehmer und eine neue Unternehmenskultur gefördert.

Die Partner vor Ort kennen die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ihres Betriebes besser und können am schnellsten und effektivsten auf wirtschaftliche Entwicklungen reagieren.

Wir unterstützen die Forderungen der FDP, dass man ab dem Alter von 60 Jahren frei über das Hineingleiten in den Ruhestand, mit entsprechenden Rentenminderungen, entscheiden kann.

## 2. Sozialsysteme

Die Struktur der deutschen Sozialsysteme ist ein Haupthindernis für den Aufbau von Beschäftigung in Deutschland. Dabei sprechen sich die LAN für eine steuerfinanzierte Grundsicherung aus. Die Sozialsysteme sind von sachfremden Leistungen zu entlasten.

Die demografische Entwicklung in Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten dazu führen, dass die Sozialsysteme noch stärker als bislang belastet werden. Selbst unter der Annahme, dass sich durch den Fachkräftemangel die Zahl der Arbeitslosen schrittweise verringert und dadurch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung dauerhaft unter drei Prozent des Bruttolohns gehalten wird, führt dies zu keiner spürbaren Entlastung. Seit Mitte der Neunziger Jahre steckte sich jede Regierung das Ziel, den Anteil der Sozialabgaben an den Bruttolöhnen unter 40% zu drücken und langfristig zu halten. Allerdings liegt auch 2009 der Anteil der Sozialabgaben deutlich über dieser Marke.\*

Die GKV leidet nicht unter einem Einnahmedefizit, sondern unter fehlender Ausgabenkontrolle. Der Anteil der Verwaltungskosten an den Gesamtausgaben der Kassen ist auf ein Minimum zu beschränken. Der Leistungskatalog der GKV ist auf Effizienz zu überprüfen.

Der zum 01.01.2009 eingeführte Gesundheitsfonds ist umgehend abzuschaffen.

Die Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherungen sind transparent zu gestalten

## 3. Aus- und Weiterbildung

Das deutsche System der dualen Berufsausbildung hat sich bewährt und ist mittlerweile über Ländergrenzen hinweg anerkannt. Damit auch künftige Generationen von den Vorzügen dieses Systems profitieren können, müssen die schulische und berufliche Ausbildung stärker miteinander verknüpft werden. Die derzeitige Schulpraxis widmet den Berufsvorstellungen und -Wünschen der Schüler in der Regel erst ab der 9. und 10. Klasse Aufmerksamkeit. Frühe Förderung der Talente

erleichtert den Einsteig in die Ausbildung und legt bereits frühzeitig wichtige fachliche Grundlagen.

Die Arbeit der Berufsschulen muss sich stärker an der Situation in den Betrieben orientieren.

In die Lehrpläne vieler Berufsschulen hat über die Jahre hinweg Wissen Einzug gehalten, welches bereits in der Sekundarstufe der weiterführenden Schulen unterrichtet wurde bzw. dort Gegenstand hätte sein müssen. Um die berufliche Ausbildung attraktiver zu gestalten, sollten schon in den ersten Jahren Elemente der Grundausbildung mit berufsspezifischer Fortbildung vermischt werden. Damit würde das in der Ausbildung gelegte Grundwissen durch aktuelle Kenntnisse ergänzt.

Die sächsischen Liberalen Arbeitnehmer fordern, dass ein lebenslanges Lernen in den sächsischen Unternehmen durch ein Weiterbildungsgesetz befördert wird. Viele kleine und mittlere Unternehmen vernachlässigen sträflich die berufliche Weiterbildung, in der Unkenntnis, dass in naher Zukunft benötigtes Fachpersonal am Markt nicht vorhanden sein wird. Deshalb muss die Landesregierung gesetzgeberische Maßnahmen einleiten um die berufliche Weiterqualifizierung unterstützend zu begleiten. Ein staatlich gefördertes Bildungssparen kann hierbei neue Anreize schaffen.

Sachsen gehört zu den Bundesländern, in denen es bislang kein Recht der Beschäftigten auf Freistellung von der Arbeit zu Zwecken beruflicher Weiterbildung gibt.

Sachsen darf den Integrationsprozess für die Beschäftigten nicht verschlafen. Wir benötigen das Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Deshalb schlagen wir auch eine Kostenteilung von AG und AN sowie eine Drittförderung der Weiterbildung durch das Land Sachsen vor.

## 4. Steuersystem

Das Steuersystem ist auch ein Hemmschuh bei der Beschäftigungsentwicklung und beim Aufbau von Privatvermögen.

Für die LAN sind die Einkommenssteuer, der Solidaritätszuschlag und die Freibeträge die zentralen

(Fortsetzung Thema von Seite 1)

Commerzbank teilverstaatlicht, Hypo-Real.Estate bald enteignet und verstaatlicht, Opel irgendwann auch verstaatlicht. Das Gesundheitswesen über den Gesundheitsfonds quasi verstaatlicht. Noch Fragen?

Was Koalitionäre hier von sich geben ist kein Wahlprogramm für Deutschland sondern bestenfalls eines für das Schlaraffenland. Sie werden sich fragen, wer soll das bezahlen? Selbstverständlich Sie als Arbeitnehmer! Fairerweise sitzen die mittelständischen Arbeitgeber mit Ihnen im gleichen Boot. Die Leistungsbringer in der Gesellschaft werden dann eben bei Steuern und Abgaben noch mehr abkassiert. Vorwärts auf dem Weg zurück in die Zukunft.

Quellen und weiterführende Informationen: PT.Magazin für Wirtschaft, Politik und Kultur (01/2009) [www.pt-magazin.de](http://www.pt-magazin.de)

Ansatzpunkte bei der finanziellen Entlastung der Arbeitnehmer. Die Einkommenssteuer ist in einen linearen Tarif zu überführen.

Die Freibeträge sind signifikant anzuheben, weil das Existenzminimum nicht zu besteuern ist. Der Solidaritätszuschlag ist aus Gründen fehlender Lenkungsfunktion ersatzlos abzuschaffen.

Grundsatzpapier der LAN Sachsen e.V. beschlossen am 29.März 2009 anlässlich der LAN-Klausurtagung



LAN - Partner - Werbung

**Gasthof und Hotel Köhlerhütte**

Am Fürtsenberg 7

08344 Grünhain-Beierfeld OT Waschleithe

Tel.: 03774/ 1598-0 Fax: 03774/ 1598100

[info@koeehlerhuette.com](mailto:info@koeehlerhuette.com)

### Impressum:

Der Netz Werker

Digest der Liberalen Arbeitnehmer Sachsen e.V.

### Herausgeber:

LAN Sachsen e.V:

Annabeger Straße 79 Radeberger Str. 51

09120 Chemnitz 01099 Dresden

Tel.: 0371/590 56-90